

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Veronika Matiasek, Stefan Berger, Wolfgang Kieslich und Ing. Udo Guggenbichler betreffend „Wiener Klimaschutzgesetz – Hinweisschilder Radarkontrollen“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 18.10.2022 zu Post 15

Wie der Tageszeitung „Die Presse“ vom 14. Oktober 2022 zu entnehmen ist, arbeitet Herr Stadtrat Czernohorszky derzeit an einem Wiener Klimaschutzgesetz.

Vereinzelnd werden Radarkontrollen in Wien mittels Hinweisschilder angekündigt. Das führt zu einer erhöhten Akzeptanz von Geschwindigkeitsbeschränkungen sowie zu einem gleichmäßigeren und langsameren Fahrverhalten. Ein gleichmäßiges Fahrverhalten führt wiederum zu einer geringeren Klimabelastung. Da der primäre Zweck von Radarkontrollen nicht das Bestrafen von Autofahrern, sondern die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung sein sollte, erscheint die Ankündigung von festplatzierten Radarkontrollen mittels Hinweisschilder sinnvoll. Das kommende Wiener Klimaschutzgesetz sollte diese Hinweisschilder verpflichtend vorsehen, wie es auch in vielen anderen EU Ländern bereits der Fall ist.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert den amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Herrn Jürgen Czernohorszky auf, dass künftig Hinweisschilder für festplatzierte Radarkontrollen verpflichtend in einem Abstand von mindestens 50 Meter Entfernung errichtet werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.